

Dringlichkeitsanträge an
den Bundesparteitag von

DEMOKRATIE IN
BEWEGUNG

am 26. November 2017
in Karlsruhe

Änderungsantrag A20-2

Antragsteller: Felix Pahl

Änderungsantragsteller: Felix Pahl

In dem entsprechend dem Änderungsantrag A20-1 geänderten Antrag A20 („Reform der Quotierung“) sollen §6 Absätze 3 bis 7 folgende neue Fassung erhalten:

- (3) Nach der Wahl werden die Kandidierenden, die die erforderliche Mehrheit nach §10 erreicht haben, nach absteigender Anzahl der Ja-Stimmen geordnet. Im Folgenden beziehen sich „erste“ und „letzte“ auf diese Ordnung.
- (4) Zunächst werden so viele der ersten Kandidierenden ausgewählt, wie Ämter zu wählen sind. In dieser Auswahl werden dann gegebenenfalls Kandidierende ersetzt, um die Quotenregelungen zu erfüllen.
- (5) Bis die Auswahl die Vielfaltsquote erfüllt, ersetzt die erste nicht ausgewählte Person mit Vielfalt die letzte ausgewählte Person ohne Vielfalt.
- (6) Bis die Auswahl die Frauenquote erfüllt, ersetzt die erste nicht ausgewählte Frau die letzte ausgewählte Person, die keine Frau ist. Falls dadurch die Vielfaltsquote verletzt werden würde, können nur Personen ohne Vielfalt ersetzt werden; ist dies nicht möglich, können stattdessen nur Personen mit Vielfalt ersetzen.
- (7) Die am Ende des Verfahrens ausgewählten Kandidierenden sind gewählt.

Begründung der Dringlichkeit:

Der Änderungsantrag A20-1 hatte das Ziel, den Vorschlag des Papiertiger-Teams zum Wahlverfahren dauerhaft in der Wahlordnung zu verankern; dieser Änderungsantrag spiegelt die neue Fassung dieses Vorschlags wieder.

Dringlichkeitsantrag D1

Antragsteller/innen: David Polak, Beatrice Behrens, Michael Hohenadler

In §3 der Schiedsgerichtsordnung soll ein neuer Absatz 4 eingefügt werden:

- (4) Im Bundesschiedsgericht müssen die drei Richter*innen und zwei Ersatzrichter*innen fünf unterschiedlichen Landesverbänden angehören.

§6 Absatz 1 der Wahlordnung soll wie folgt geändert werden:

- (1) Auch Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter, Mandate und Wahlvorschlagslisten werden generell in gesonderten Wahlgängen gewählt, um der Quotenregelung aus §16 der Bundessatzung nachkommen zu können. Dafür wird jeder Platz der Reihe nach geheim gewählt. Dabei gilt, dass der erste Platz einer Frau vorbehalten ist – es folgt immer alternierend ein offener Platz und ein Platz für eine Frau. Frauen können auch auf offenen Plätzen kandidieren. Vor der Wahl von Platz 3 und dann jedem vierten folgend wird des weiteren geschaut, ob die Quote für diskriminierte Gruppen erfüllt wurde und wenn dem nicht so ist, ist der Platz einer Person aus diskriminierten Gruppen vorbehalten. [Ist die Besetzung der Plätze über die Quotenregelung hinaus Bedingungen unterworfen, so ist der Platz zudem Personen vorbehalten, deren Wahl die Erfüllung der Bedingungen nicht unmöglich machen würde.](#)

§6 Absatz 3 der Wahlordnung soll wie folgt geändert werden:

- (3) Sollten sich vor der Wahl eines Platzes nicht mehr genug Kandidat/innen finden, um eine Quote durchsetzen zu können, dann beantragt der/die Wahlleiter/in vor der Wahl, dass die jeweilige Quote von da an ausgesetzt wird. Die der jeweiligen Gruppe angehörenden anwesenden, nicht in der Abstimmung abgelehnten wahlberechtigten Mitglieder können dem mit einfacher Mehrheit unter Ausschluss von Enthaltungen ihre Zustimmung verweigern. Wird es von mindestens einer beteiligten Person beantragt, so findet diese Abstimmung unter Ausschluss der Nicht-Gruppenangehörigen statt. Sofern keine abstimmungsberechtigte Person anwesend ist, gilt die Zustimmung zur Aussetzung der jeweiligen Quote als erteilt. [Entsprechendes gilt für die Durchsetzung von §3 Absatz 4 der Schiedsgerichtsordnung. Abstimmungsberechtigt sind in diesem Fall alle wahlberechtigten Mitglieder.](#)

Begründung:

Um Klientelismus, Nepotismus und Machtkonzentration zu reduzieren bzw. zu vermeiden, ist es erforderlich, dass aus jedem Bundesland nur höchstens ein*e Kandidat*in ein Richter*innenamt besetzen kann.

Begründung der Dringlichkeit:

Bis zur ordentlichen Antragsfrist am 05.11.2017 war nicht absehbar, dass aus einem Bundesland mehrere Kandidaturen für das Schiedsgericht eingehen würden. Des Weiteren war bis zur Antragsfrist noch nicht absehbar, ob überhaupt eine Neuwahl des Schiedsgerichts stattfindet oder diese aus Mangel an Bewerber*innen verschoben wird.

Dringlichkeitsantrag

Öffnen der Menge der Beisitzer im BuVor auf 20 Beisitzer (Abstimmen **vor der Wahl** der Beisitzer zum BuVor)

Ort: Karlsruhe, Gaststädte Walhalla
Datum: 26.11.2017
Antragsteller: Thomas Schalow, LV Hessen

Antrag:

In Anlehnung an das deutsche Parteiengesetz,

§9 Absatz (2), § 11 Absatz (2) und §9 Absatz (4)
(= insgesamt maximal 74 Mitglieder per Anno),

beantrage ich hiermit, eine Änderung in der **Satzung §8 Absatz (2)**
bisheriger Text:

- (2) Dem Bundesvorstand gehören sieben Mitglieder an:*
- *zwei Vorsitzende,*
 - *der/die Schatzmeister/in,*
 - *vier weitere Mitglieder*

neuer Text:

- (2) Dem Bundesvorstand gehören 23 Mitglieder an:*
- *zwei Vorsitzende,*
 - *der/die Schatzmeister/in,*
 - *bis zu 20 weitere Mitglieder*

Die, von der Wahlordnung/ Satzung vorgegebene, Quotierung ist zu berücksichtigen.

Begründung

Aktuell haben sich viele verschiedene Beisitzer vorgestellt, die Verantwortung für die Partei, in verschiedenen Bereichen übernehmen wollen. Dabei haben sie durchaus ernsthaft diskutiert und ihre Schwerpunkte vorgestellt. Es wäre nicht gut, Menschen zurückzuweisen, die ernsthaft Verantwortung übernehmen wollen.

Dieser Dringlichkeitsantrag soll noch vor der Wahl der Beisitzer an o. g. Ort und Datum abgestimmt werden, damit er für die anstehende Wahl, heute, Gültigkeit hat.

Dringlichkeitsantrag D3

Antragsteller: Florian Stinner

Der Bundesparteitag möge darüber abstimmen, ob DEMOKRATIE IN BEWEGUNG im Falle, dass der 19. Deutsche Bundestag aufgelöst wird, zu den darauf folgenden Bundestagswahlen antritt oder nicht.

Dringlichkeitsantrag D4

Antragstellerin: Sabine Sedlaczek

§3 Absatz 2 der Wahlordnung soll wie folgt geändert werden:

- (2) Wahlen können nur stattfinden, wenn zur Wahl spätestens 10 Tage vorher eingeladen wurde. Liegen zwischen der Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen für eine Parlamentswahl und dem Datum der Parlamentswahl weniger als 90 Tage, so kann abweichend hiervon eine Wahl zur Aufstellung eines Wahlvorschlags für die Parlamentswahl stattfinden, wenn spätestens 3 Tage vorher eingeladen wurde. Für Gründungsveranstaltungen gilt keine Frist.

Sabine Sedlaczek 25.11.2017 11:20

Gelöscht: diese Frist nicht

Begründung:

Im Falle von kurzfristigen Wahlen, ist es wichtig möglichst schnellstmöglich Aufstellungsversammlungen abzuhalten, da erst danach Unterschriften gesammelt werden können. In solchen Ausnahmefällen sollte die Frist von 10 Tagen verkürzt werden können.

Dringlichkeitsbegründung:

Durch die im Raum stehende Möglichkeit von Neuwahlen des Deutschen Bundestages hält ich es für dringend, dass wir unsere Frist für solche Fälle aussetzen können, damit wir uns nicht durch unsere eigene Wahlordnung im Weg stehen.

Dringlichkeitsantrag D5

Antragsteller: Tobias René Keisers

1. Der Parteitag möge beschließen, dass DiB sich öffentlich gegen eine Große Koalition von SPD / CDU / CSU positioniert.

Begründung:

Die Wähler/innen haben die Große Koalition ganz klar abgewählt. Durch die Verluste bei der Bundestagswahl wird dieses ganz klar belegt.

2. Der Parteitag möge beschließen, dass DiB eine Petition startet, in der die Bürger/innen aufgerufen werden, gegen eine Große Koalition zu stimmen.

Begründung:

DiB steigert seinen Bekanntheitsgrad und zieht mehr Aufmerksamkeit auf sich.
DiB ist eine politische Partei und muss sich öffentlich positionieren.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Sondierung von CDU/CSU, FDP und Grünen ist gerade gescheitert. Der Bundespräsident hat auf die SPD Einfluss genommen. Die CDU will Gespräche im Sinne einer Großen Koalition in Kürze aufnehmen. Diese Ereignisse sind nach dem Antragschluss eingetreten.

Dringlichkeitsantrag D6

Antragsteller: Alexander Plitsch

Der Parteitag möge beschließen:

Der Bundesvorstand wird beauftragt, eine Abstimmung unter allen Parteimitgliedern und verifizierten Beweger/innen über die Frage durchzuführen, ob DiB im Falle einer Neuwahl des Bundestages vor dem 30.06.2018 antreten soll.

Begründung der Dringlichkeit:

Aufgrund des Scheiterns der Jamaika-Sondierungen sollten wir uns zu dieser Frage positionieren.

Dringlichkeitsantrag D7

Antragsteller: Tobias René Keisers

Hiermit beantrage ich, der Parteitag möge darüber schließen, ob DiB sich für oder gegen Neuwahlen positioniert.

Begründung:

Das Thema Neuwahlen ist tagesaktuell und DiB muss dazu Stellung beziehen. Sonst wird auch die Pressearbeit schwer behindert. Der Marktplatz ist nicht ausreichend, weil der Parteitag das höchste Gremium der Partei darstellt.

Vorläufige Tagesordnung

TOP 1	Begrüßung
TOP 2	Formalia (Bestimmung der Wahlkommission etc.)
TOP 3	Vor den Wahlen zu behandelnde Dringlichkeitsanträge
TOP 4	Tätigkeitsbericht und Entlastung des Vorstands
TOP 5	Wahl Bundesvorstand
TOP 6	Wahl Bundesschiedsgericht
TOP 7	Wahl Kassenprüfer/innen
TOP 8	Abstimmung über angenommene Initiativen
TOP 9	Änderungsanträge zu Satzung und Ordnungen
TOP 10	Verschiedenes